Wiebke Knell

KNELL: EDERSEE-PROBLEM DROHT SICH ZU VERSCHÄRFEN

18.01.2021

IESBADEN – „Dass die Oberweser schon so früh im Jahr eine erhöhte Wassermenge aus dem Edersee bekommen muss, ist nicht nur ungewöhnlich, sondern auch ein Alarmzeichen. Das Problem der Wasserknappheit im Edersee könnte sich damit verschärfen und weitere Schwierigkeiten für die Tourismusbranche rund um das nordhessische Gewässer nach sich ziehen“ erklärt Wiebke KNELL, tourismuspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, nach jüngsten Medienberichten. „Umso dringender ist es, dass sich die Landesregierung angesichts der sich verschärfenden Probleme endlich mit dem gebotenen Nachdruck für die Interessen Hessens am Edersee einsetzt“, sagt Knell. Die Freien Demokraten weisen schon seit langem auf die Problematik hin.

„Infolge der Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie könnte der Edersee gerade im kommenden Frühjahr und Sommer als Ziel attraktiv sein. Das sollte man beim Interessenausgleich zwischen dem hessischen Gewässer und der niedersächsischen Oberweser auch im Blick haben“, fordert Knell.

Dr. Stefan NAAS, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, ergänzt: „Hinter dem Edersee als Freizeitziel steht auch die Tourismuswirtschaft. Hotelbetriebe, Restaurants und Freizeitanbieter sind seit Monaten wegen der Corona-Lage stark gebeutelt. Sie benötigen – von der grundsätzlichen Erlaubnis, wieder zu öffnen, abgesehen – eine ökonomische Perspektive. Die haben sie aber nur, wenn der Edersee so attraktiv ist, dass Ausflügler und Urlauber kommen.“

Knell und Naas haben unmittelbar nach Bekanntwerden der neuen Situation eine Kleine Anfrage (Drs. 20/4407) an die Landesregierung gestellt. „Uns ist wichtig zu wissen, was die Landesregierung getan hat und noch tun will, um der Edersee-Region gerecht zu

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://wiebke-knell.fdp-hessen.de/?p=756

werden. Nach unserer Überzeugung muss sie darauf hinwirken, dass vor und während der Tourismus-Saison weniger Wasser aus dem See abgelassen wird“, sagt Knell. „Ebenso muss die Regierung darlegen, ob sie in Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen Gespräche mit betroffenen Firmen, Kammern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und der niedersächsischen Landesregierung geführt und gegenüber dem Bundesverkehrsministerium die wirtschaftlichen Nachteile der Wasserabgabe benannt hat“, fordert Naas.

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://wiebke-knell.fdp-hessen.de/?p=756